

Mehr an Familienförderung

Familienministerin Rita Kieber-Beck will echte Familienförderung erreichen

VADUZ – Die Lebenshaltungskosten für Familien in Liechtenstein sind hoch – zu hoch. Familienministerin Rita Kieber-Beck will mit politischen Massnahmen erreichen, dass Liechtenstein familienfreundlicher wird. Ein Teil der Mehrausgaben, die Familien haben, und die von Familien geleistete Erziehungsarbeit soll vom Staat honoriert werden.

• Karin Hassler

Ziel ist es, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das alle Lebenssituationen von Familien erfasst und eine zukunftsorientierte und vor allem nachhaltige Familienförderung ermöglicht. Ähnlich wie in anderen Staaten soll erreicht werden, dass der Staat einen Teil der Mehrkosten, die Familien haben, durch finanzielle Unterstützung abfedert.

10 000 Franken – drei Jahre lang

Familien sollen in den ersten drei Jahren nach der Geburt jährlich 10 000 Franken an Erziehungsgeld erhalten. «Ich bin überzeugt, dass wir mit der Einführung dieses Erziehungsgeldes alle Mütter erreichen, und nicht nur die berufstätigen Mütter fördern», führt Rita Kieber-Beck aus. Indirekt sei dies derzeit durch die Subventionierung der Kindertagesstätten der Fall, so die Familienministerin. Für Rita Kieber-Beck ist wichtig, dass jede Familie frei entscheiden kann, ob beide Elternteile



Familien sollen durch die Auszahlung von Erziehungsgeld entlastet und in den Mittelpunkt gestellt werden.

berufstätig sind oder nur ein Teil. Aufgrund des Erziehungsgeldes sollen Frauen erstmals die Chance erhalten – losgelöst von ökonomischen Zwängen – zu entscheiden, ob sie berufstätig sein wollen oder nicht. Nur so könne echte Wahlfreiheit gewährleistet werden. Durch diese finanzielle Entlastung könne man auch qualifizierten Fachkräften die Möglichkeit geben, einen lückenlosen Karriereverlauf zu leben.

Stellt sich die Frage, ob der Staat Erziehungsarbeit überhaupt honorieren soll. Für die Familienministerin ist klar, dass mit einem Mehr an Familienförderung und einem Mehr an Gerechtigkeit und Wahlfreiheit allen geholfen wird. An erster Stelle natürlich den Familien.

Indirekt profitiere aber auch der Staat und die Wirtschaft von einer zukunftsgerichteten Familienpolitik. Derzeit werde die Erziehungs-

arbeit, die von Müttern zu Hause geleistet wird, durch den Staat schlichtweg zu wenig honoriert.

«Mir erscheint es ungerecht, wenn wir nur jene Familien fördern, bei denen beide Elternteile arbeiten. Dies ist derzeit der Fall, wenn wir die Förderung der Kindertagesstätten unter diesem Gesichtspunkt betrachten», betont Familienministerin Rita Kieber-Beck.

Interview Seite 5

«Familien sollen in den Mittelpunkt»

Familienministerin Rita Kieber-Beck zu Fragen aktiver Familienförderung

VADUZ – Mit einer aktiven Familienpolitik, will Familienministerin Rita Kieber-Beck die Familien so unterstützen, dass Kinderhaben attraktiv bleibt und Frauen sich sowohl für Karriere als auch für Kinder entscheiden können. Mit der Einführung eines Erziehungsgeldes soll dies möglich werden.

• Karin Hasler

«Volksblatt»: Frau Regierungsrätin: Regierungschef Otmar Hasler sagte in einem «Volksblatt-Interview» am 30. Dezember, dass das Jahr 2007 ganz im Zeichen der Familie stehen wird. Was können sich die Familien in Liechtenstein von der Familienministerin erwarten?

Rita Kieber-Beck: Unterstützung und finanzielle Entlastung. Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass Liechtenstein familienfreundlicher wird. Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen setzen, damit zumindest ein Teil der Mehrausgaben und die geleistete Erziehungsarbeit vom Staat honoriert werden. Die Ergebnisse der Abklärungsarbeiten zur Postulatsbeantwortung stimmen uns äusserst positiv. Ich bin der festen Überzeugung, dass unser Gesamtkonzept eine zukunftsorientierte und vor allem nachhaltige Familienförderung ermöglicht.

«Wir bieten Familien finanzielle Unterstützung an.»

Was heisst das konkret?

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das alle Lebenssituationen erfasst.

Ähnlich wie in anderen Staaten wollen wir die unbestrittenen Mehrkosten, die Familien haben, abfedern. Bei den getätigten Berechnungen gehen wir von ca. 10 000 Franken jährlich aus, die wir Familien in den ersten drei Jahren nach der Geburt geben wollen.

«Die Mehrkosten, welche Familien haben, wollen wir abfedern.»

Mit solch einem Erziehungsgeld würden wir alle Mütter erreichen und nicht nur die Berufstätigen fördern, wie es derzeit im Bereich der Kindertagesstätten geschieht. Die Landessubvention für 143 Plätze betrug im Jahr 2006 1,75 Millionen Franken, das bedeutet ca. 12 000 Franken pro Kind und Jahr. Aufgrund dieses Erziehungsgeldes erhalten viele Frauen erstmals die Chance – losgelöst von ökonomischen Zwängen –, zu entscheiden, ob sie berufstätig sein wollen oder nicht. Nur so besteht echte Wahlfreiheit!

Muss Erziehungsarbeit vom Staat honoriert werden?

Man kann diese Frage durchaus stellen. Aktuell wird die Erziehungsarbeit, die von Müttern zu Hause geleistet wird, vom Staat nicht honoriert. Unser Modell sieht vor, dass es im freien Ermessen der Eltern liegt, ob beide oder nur ein Elternteil berufstätig ist. Einerseits wollen wir die Erziehenden



«Mit der steuerlichen Entlastung, wie sie die VU fordert, erreicht man die einkommensschwachen Familien, die eine Unterstützung des Staates am nötigsten hätten, nicht», betont Familienministerin Rita Kieber-Beck.

fördern, die ihre Kinder selbst betreuen, andererseits wollen wir auch qualifizierten Fachkräften die Möglichkeit geben, einen lückenlosen Karriereverlauf zu leben. Mir erscheint es ungerecht, wenn wir nur jene Familien fördern, bei denen beide Elternteile arbeiten. Dies ist derzeit der Fall, wenn wir die Förderung der Kindertagesstätten unter diesem Gesichtspunkt betrachten. Unser Vorschlag bedeutet ein Mehr an Familienförderung und vor allem auch ein Mehr an Gerechtigkeit und Wahlfreiheit.

Im benachbarten Ausland (Österreich und Deutschland) zeigte sich, dass ähnliche Leistungen durch Urteile des Europäischen Gerichtshofes auch ins Ausland gezahlt werden mussten. Wie wollen Sie diese Massnahmen finanzieren?

Die Exportfähigkeit von Sozialleistungen im EWR-Raum ist in der Tat ein problematischer Bereich. Eine Familienförderung, wie wir sie uns wünschen, ist schlicht nicht finanzierbar, wenn diese auch ins Ausland exportiert werden muss. Zudem gilt es zu bedenken, dass solch ein familienpolitisches Steuerungsinstrument schnell zu einem Arbeitsmarktinstrument werden könnte. Unsere Grundüberzeugung ist, dass die Lebenshaltungskosten in Liechtenstein höher sind als im benachbarten Ausland. Diese höhere Belastung der Familien soll für in Liechtenstein Wohnhafte abgedeckt werden.

«Die Beiträge sollen an im Land Wohnhafte ausbezahlt werden.»

Die Vaterländische Union lancierte eine Initiative, um die steuerliche Belastung von Familien zu senken. Ist dies nicht eine Möglichkeit, Liechtenstein familienfreundlicher zu gestalten?

Sicher! Ich unterstütze die steuerliche Entlastung von Familien. In diesem Zusammenhang muss man

aber die ganze Wahrheit auf den Tisch legen. Mit der steuerlichen Entlastung, wie sie die VU fordert, erreicht man die einkommensschwachen Familien, die eine Unterstützung des Staates am nötigsten hätten, nicht. Familien mit zwei Kindern, die ein monatliches Einkommen von 5000 Franken beziehen, zahlen gerade einmal 300 Franken Steuern im Jahr. Eine Entlastung kann in diesem Bereich also maximal 300 Franken betragen. Wirksam wird eine solche Entlastung nur bei guten und sehr guten Einkommen.

«Steuervergünstigungen bringen den einkommensschwachen Familien, die Geld brauchen, nichts.»

Wenn man die untersten Einkommensschichten bei der Familienförderung praktisch ausklammert und nur die besseren und sehr guten und somit auch wohlhabenden Familien fördern will, so hat das wenig bis gar nichts mit Familienförderung zu tun, sondern dies ist eine steuerpolitische Massnahme. Die von der VU vorgeschlagenen erhöhten Absatzbeträge greifen dort nicht, wo sie ansetzen sollten. Dies zeigen alle Berechnungen. Selbstverständlich haben wir auch dies geprüft und bringen dies als Teilmassnahme in Vorschlag.

Weshalb wurde das Postulat zur Familienförderung im Landtag noch nicht behandelt?

Aus meiner Sicht hätten wir das Postulat im Juni-Landtag behandeln können. Wie bereits mehrfach erwähnt, wollte die VU mehr Zeit, um bestehende Fragen klären zu können. Dem sind wir gefolgt, weil uns eine gemeinsame, breit abgestützte Vorgehensweise wichtig war. Bedauerlich ist, dass die VU kurz nach der Abmachung mit uns mit Teilaspekten an die Öffentlichkeit tritt und Vorschläge aus der Postulatsbeantwortung aus dem Zu-

sammenhang gerissen vorweg nimmt.

Jugend- und Familienpolitik sind im selben Ressort. Das kürzlich im Landtag behandelte Jugendgesetz wurde von den Abgeordneten der VU und FL nicht wohlwollend aufgenommen. Welche Perspektiven sehen Sie im Jugendbereich?

Das ist diplomatisch ausgedrückt. Im Landtag forderte die Freie Liste Nichttreten und eine Beendigung der Diskussion. Diesem Ansinnen stimmte die Vaterländische Union zu, obwohl die Vorlage in der Regierung unbestritten war. Aufgrund internationaler Verpflichtungen war und ist Liechtenstein angehalten, klare gesetzliche Regelungen beispielsweise in der Frage des Adoptionsrechtes einzuführen. Diese und viele andere Punkte sind nun weiterhin nicht geregelt. Aus meiner Sicht war sich der Landtag der Folgen des Nichttretens nicht bewusst.

«Der Landtag war sich bei der Ablehnung des Kinder- und Jugendgesetzes des Ausmasses seiner Entscheidung nicht bewusst.»

Brauchen wir überhaupt ein neues Jugendgesetz?

Dies ist unbestritten. Vorgeworfen wurde mir ja, dass das Gesetz überreglementiere und diszipliniere. Gemäss der geäusserten Kritik würde der Staat dort eingreifen, wo er nichts zu suchen hätte. Richtig ist das genaue Gegenteil. Nur dort, wo Problemfälle auftreten, wo die Erziehungsberechtigten überfordert sind, greift der Staat ein und dies macht auch Sinn. Geht es doch um den Schutz der Schwächsten der Gesellschaft – den Schutz der Kinder und Jugendlichen. Mir liegt der Kinder- und Jugendschutz sehr am Herzen, deshalb werden wir die Landtagsdiskussion im Detail analysieren und der Regierung in der Folge das weitere Vorgehen vorschlagen.